



# Berlin aktuell

## Einwurf

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière gab in dieser Woche in Berlin bekannt, wie zukünftig die Struktur der Bundeswehrstandorte aussieht und welche

Standorte geschlossen werden sollen. Die Standorte in Daun und Gerolstein bleiben erhalten! Das ist eine gute Entscheidung für die Soldaten, ihre Angehörigen, die zivilen Angestellten und auch für die Kommunen in unserer Region.

Mit der Reform der Bundeswehr kündigte sich bereits vor Monaten an, dass eine Verringerung der Bundeswehrstandorte stattfinden würde. Deshalb habe ich mich bei Bundesverteidigungsminister de Maizière von Beginn an für den Erhalt der beiden Standorte in Daun und Gerolstein eingesetzt: Unser Einsatz für die Bundeswehrstandorte in Daun und Gerolstein war erfolgreich. Ich freue mich über diese positive Entscheidung und bedanke mich bei allen Unterstützern und Mitstreitern, die gemeinsam mit mir

für den Erhalt gekämpft haben.

In gemeinsamen Schreiben mit den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden Daun und Gerolstein, Werner Klöckner und Matthias Pauly, hatte ich beispielsweise bei Thomas de Maizière für den Erhalt geworben. Die Gespräche mit den Soldatinnen und Soldaten der Region hatten immer wieder bestätigt, dass ein Erhalt beider Standorte sinnvoll ist und dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen.

Die Truppe fühlt sich in der Eifel sehr wohl und weiß den unkomplizierten und herzlichen Umgang mit der Bevölkerung sehr zu schätzen. Das haben wir auch dem Bundesverteidigungsminister dargestellt. Auch aus der Bevölkerung kam stets ein ähnlich positives Echo zum Erhalt der Standorte. Dass ein besonders gutes Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Soldatinnen und Soldaten herrscht, haben auch die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Daun und Gerolstein mehrfach betont. Die Standorte der Region sind wichtig für die Bundeswehr und die Bundeswehr ist wichtig für die Region. Es sind hervorragende und bedeutsame Standorte.

Auf der Homepage der Bundeswehr ist die Dokumentation, in der über die zukünftige Struktur der Bundeswehr berichtet wird, einsehbar. Folgen Sie einfach diesem Link:

[Neues Stationierungskonzept der Bundeswehr](#)

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

Ihr Patrick Schnieder

### Inhalt

Durchbruch bei der Neufassung des Abfallrechts ist ein Erfolg für die gesamte Region Trier! .....	2
Die Landesregierungen in Mainz und Düsseldorf blockieren den A1-Lückenschluss! .....	3
20 Jahre Special Olympics Deutschland	4
90. Geburtstag von Dr. Alois Mertes.....	5
P.S.: Am Rande bemerkt.....	5



## Abfallrecht

### **Durchbruch bei der Neufassung des Abfallrechts ist ein Erfolg für die gesamte Region Trier!**

#### **Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz erlaubt nun doch den Betrieb des Modellprojekts zur Abfallsammlung der A.R.T. in Mertesdorf: Die Abfallgebühren in der Region Trier bleiben niedrig.**

Nach langwierigen Verhandlungen zum Abfallrecht ist es meinem Kollegen Bernhard Kaster (Trier) und mir gelungen, eine Öffnungsklausel für Mülltrennungsanlagen wie in Mertesdorf durchzusetzen. In der letzten Sitzung der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages vor der Abstimmung im Plenum ist der Entwurf für eine Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes mit dieser Erweiterung beschlossen worden. Der Durchbruch kommt vor allem den Kommunen entgegen. Jetzt gibt es klare Definitionen, unter welchen Voraussetzungen gewerbliche Abfallsammlungen zugelassen werden können, die auch weiterhin die Verantwortung der Kommunen für günstige, bürgerfreundliche und flächendeckende Abfallbeseitigung sicherstellen.

Wir freuen uns, dass das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht auch weiterhin den Betrieb der sehr effizienten und kostengünstigen Anlage der Regionalen Abfallwirtschaft Trier in Mertesdorf zulässt. So können wir in der Region Trier die günstigen Abfallgebühren sichern!

In den vergangenen Wochen hatten wir uns intensiv für die Öffnungsklausel eingesetzt und in zahlreichen Gesprächen für einen Änderungsantrag geworben. In einem Gespräch mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) gelang in buchstäblich letzter Minute der Durchbruch: Röttgen sicherte zu, die zunächst vorgesehene strikte Einführung der Wertstofftonne nun doch zu lockern. Die Wertstofftonne könne durch andere Sys-

teme, wie zum Beispiel das Mertesdorfer Modell, ersetzt werden, sofern die Qualität der Abfalltrennung gewährleistet würde. Das ist in Mertesdorf der Fall. Mehrere wissenschaftliche Studien belegen die hohe Qualität der Abfalltrennung. Der Bundesminister hat uns zudem in Aussicht gestellt, dass auf dieser Basis im nächsten Jahr das Wertstoffgesetz so ausgestaltet wird, dass das Modellprojekt der Abfallsammlung in Trier erhalten bleiben kann.

Die jetzige Entscheidung ist ein Durchbruch in den langen Verhandlungen. Wenn die Qualität der Wertstofftrennung stimmt, brauchen wir keine Wertstofftonne. Die Kommunen weisen die Qualität ihrer Anlagen nach und können sie unkompliziert weiterbetreiben. Für die Anlage in Mertesdorf bedeutet das eine langfristige Perspektive und für die Bürgerinnen und Bürger in der Region Trier heißt das vor allem, weiterhin günstige Abfallgebühren!

Im Einzelnen führen folgende Änderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu einer stärkeren Berücksichtigung der kommunalen Interessen:

1. Es wird klargestellt, dass gewerbliche Sammlungen dann untersagt werden können, wenn die Funktionsfähigkeit des kommunalen Entsorgungsträgers gefährdet oder die Planungssicherheit und Organisationsverantwortung wesentlich beeinträchtigt wird. Diese wesentliche Beeinträchtigung wird im Gesetz klar definiert. So ist eine wesentliche Beeinträchtigung dann anzunehmen, wenn die gewerbliche Sammlung Abfälle erfassen soll, für die die Kommune oder ein von der Kommune beauftragtes Unternehmen bereits eine haushaltsnahe oder sonstige hochwertige getrennte Erfassung und Verwertung der Abfälle durchführt, wenn die Stabilität der Gebühren gefährdet wird, oder wenn eine diskriminierungsfreie und transparente Vergabe von Entsorgungsleistungen im Wettbewerb erheblich erschwert oder unterlaufen wird. Weiterhin kann die gewerbliche



Sammlung auch untersagt werden, wenn die Kommune gerade in konkrete Planungen eingestiegen ist, gleichwertige Leistungen selbst zu erbringen. Anderenfalls könnte es passieren, dass die Kommune bereits die Beschaffung von Tonnen ausgeschrieben hat, z.B. für die haushaltsnahe Sammlung von Papiermüll, aber private Sammler mit möglichen attraktiven Großkunden Sonderverträge abschließen und damit die Kalkulationsbasis für die entsorgungspflichtige Kommune nachträglich entfällt.

2. Aufgenommen wurde auch, dass die Möglichkeit besteht, dass gewerbliche Sammlungen den öffentlichen Interessen entgegenstehen, wenn sie die Funktionsfähigkeit der kommunalen Entsorgung „im Zusammenwirken mit anderen Sammlungen“ gefährdet. Damit werden auch gemeinnützige Sammlungen berücksichtigt.

3. Die zuständige Behörde kann in ihrer Genehmigung für gewerbliche Sammlungen auch bestimmen, dass die gewerbliche Sammlung für einen Mindestzeitraum bis zu drei Jahren umfassen muss. Dies sichert Verlässlichkeit und Kontinuität.

Diese Änderungen bedeuten, dass gewerbliche Sammlungen, die auch bisher möglich waren, künftig nicht generell ausgeschlossen sind. Das europäische Recht hätte dies auch nicht zugelassen. Aber gewerbliche Sammlungen dürfen nicht die kommunale Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung infrage stellen. Mit den vorgenommenen Änderungen am Gesetzentwurf wird genau dies sicher gestellt. Die kommunalen Spitzenverbände haben dieser Lösung ausdrücklich zugestimmt. Damit werden kommunale Interessen gesichert, Rechtssicherheit geschaffen und die Voraussetzungen für eine bürgerfreundliche, ökologisch hochwertige und kostengünstige Müllentsorgung gewährleistet.

## A1-Lückenschluss

### **Die Landesregierungen in Mainz und Düsseldorf blockieren den A1-Lückenschluss!**

#### **Bundesverkehrsministerium stellt klar: Zuerst muss Baurecht geschaffen werden und dann werden die Gelder freigegeben.**

Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, stellte in dieser Woche in einem Schreiben des Ministeriums fest, dass der A1-Lückenschluss derzeit am mangelnden Planungswillen der Landesregierungen in Mainz und Düsseldorf scheitert. Ich habe mich an Minister Ramsauer gewandt, weil die SPD-geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz die Schuld für den ausbleibenden Fortschritt beim A1-Lückenschluss auf den Bund geschoben hatte. In Mainz hieß es, der Bund habe gar keine finanziellen Mittel für das Projekt in den Haushalt eingestellt und deshalb könne der Bau nicht voran gebracht werden. Andreas Scheuer erklärt in seinem Schreiben eindeutig, dass zunächst die Länder ihre Hausaufgaben machen müssen. Dass der Bund keine finanziellen Mittel für den Lückenschluss habe, ist eine Falschaussage!

Die Finanzmittel des Bundes werden demnach in den Bundeshaushalt eingestellt, wenn das Planfeststellungsverfahren der Länder abgeschlossen ist. Scheuer schreibt: „Der Lückenschluss der A1 ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in den Vordringlichen Bedarf [...] und damit in der höchsten Dringlichkeit eingestuft. An diese gesetzliche Vorgabe sind auch die beiden vom dem Projekt betroffenen Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gebunden.“ Weiter heißt es: „Erst wenn für das Projekt bzw. für die jeweiligen Abschnitte Baurecht vorliegt, was Voraussetzung für die Finanzierung eines jeden Vorhabens ist, wird über die Einstellung in den Bundeshaushalt entschieden. Somit



stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt die Frage der Finanzierung dieses wichtigen Autobahnlückenschlusses nicht.“ Das Bundesverkehrsministerium verdeutlicht ohne Umschweife, dass hier keine Blockierung durch den Bund stattfindet. Die Frage, die sich hier vielmehr stellt, ist, warum blockieren Beck und Kraft den Lückenschluss und wollen die Verantwortung dafür auch noch dem Bund zuschieben?

Damit die Landesregierungen in Mainz und Düsseldorf endlich die Verantwortung übernehmen und das Planfeststellungsverfahren einleiten, setze ich mich gemeinsam mit meinem Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, Detlef Seif MdB (Euskirchen), intensiv für den Lückenschluss ein. Mit einer Unterschriftenaktion im Kreis Vulkaneifel ist in Rheinland-Pfalz gerade eine wichtige Aktion gestartet, die den Druck auf die Landesregierung erhöhen wird. Im Anhang finden Sie die entsprechende Unterschriftenliste zum Ausdrucken. Die ausgefüllte Liste schicken Sie bitte zurück an:

Kreisverwaltung Vulkaneifel  
Mainzer Straße 25  
54550 Daun

Zudem ist für den 12. November eine Demonstration in Düsseldorf geplant. Zu dieser Veranstaltung finden Sie ebenfalls im Anhang die offizielle Einladung.

## Special Olympics

### 20 Jahre Special Olympics Deutschland

Vor 20 Jahren wurde der Verein Special Olympics e.V. gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die gesundheitliche Situation von Menschen mit geistiger Behinderung durch regelmäßige sportliche Betätigung zu verbessern, ihnen dadurch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und ihr Selbstbewusstsein und –vertrauen zu stärken.

Diese Idee wurde zu einem durchschlagenden Erfolg, heute trainieren über 40.000 Menschen mit geistiger Behinderung regelmäßig in 28 verschiedenen Sportarten. Regelmäßig finden Wettkämpfe statt, auf regionaler Ebene und auch auf nationaler Ebene.

Die Idee der Special Olympics ist in unserer Heimatregion stark verwurzelt. Hier wurde der Verein durch Karl-Heinz Thommes aus Prüm mit initiiert und noch heute besteht eine große Verbundenheit, die sich beispielsweise im vergangenen Juni bei den Special Olympics in Bitburg zeigte.



Herzlichen Glückwunsch! Erwin Görge, Vizepräsident Special Olympics e.V., (2.v.l.), Patrick Schnieder und die Eifeldelegation bei der 20-Jahr-Feier des Vereins.

Die Eifel ist auch im Bundesvorstand des Vereins sehr gut vertreten, Erwin Görge aus Kirchweiler bei Daun ist Vizepräsident des Vereins. Die 20-Jahr-Feier in Berlin war eine schöne Gelegenheit, den Aktiven zu der bisher geleisteten Arbeit zu gratulieren. Besonders gefreut hat mich auch, dass eine Delegation aus der Eifel an der 20-Jahr-Feier in Berlin teilgenommen hat.



## In Memoriam

### 90. Geburtstag von Dr. Alois Mertes



Quelle: bpa

Dr. Alois Mertes, einer meiner Vorgänger als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bitburg, wäre in dieser Woche 90 Jahre alt geworden. Er wurde am 29. Oktober 1921

in Gerolstein geboren. Als Schüler besuchte Mertes das Regino-Gymnasium in Prüm, bevor er im Zweiten Weltkrieg als Soldat eingezogen wurde.

Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft studierte Mertes in Bonn Rechtswissenschaft, Geschichte und Romanistik. Nach seiner Promotion, die er ebenfalls an der Universität Bonn absolvierte, trat er 1952 in den Diplomatischen Dienst der Bundesrepublik ein. Als Botschafter war er unter anderem nach Paris und Moskau entsandt.

1961 trat Alois Mertes in die CDU ein und wurde 1972 direkt zum Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Bitburg gewählt. Von 1980 bis 1982 war er hier Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik. In der Regierung Kohl fungierte Mertes als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er verstarb am 16. Juni 1985 in Bonn.

## Postskriptum

### P.S.: Am Rande bemerkt...

... eine Krise ist eine Krise ist eine Krise.

Finanzmarktkrise, Bankenkrise, Griechenlandkrise, Staatsschuldenkrise, Börsenkrise, wieder Staatsschuldenkrise, wieder Griechenlandkrise...

Die Anzahl an Krisen nimmt derzeit rasend schnell zu. Die Politik ist gefordert, auf die Entwicklungen schnell zu reagieren und sich nicht von einer Krise in die nächste drängen zu lassen. Das Tempo ist zurzeit extrem hoch und mancher Politiker kommt da schon einmal aus der Puste.

Wem es jetzt reicht, dem sei ein kluger Satz von Henry Kissinger empfohlen. Ob sich damit jedoch wirklich ein Krisenstopp einführen lässt, bleibt auszutesten:

„Nächste Woche darf es keine Krise geben. Mein Terminkalender ist schon voll davon.“

## Termine (Auszug)

### *Sonntag, 30. Oktober*

11 Uhr: Seniorenkongress 2011 im Forum Daun

### *Montag, 31. Oktober*

15.30 Uhr. Pressegespräch zum Lückenschluss A1 in Daun

20 Uhr: CDU Prümer Land – Diskussions- und Infoabend zum Thema „Erneuerbare Energien“ in Wallersheim

### *Mittwoch, 2. November*

18 Uhr: Verleihung „Deutscher Bürgerpreis 2011“ in der Kreissparkasse Bitburg

19 Uhr: Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Bitburg-Prüm

### *Donnerstag, 3. November*

19 Uhr: Inforeveranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Thema „Migrantinnen in der Eifelregion“ in Bitburg



*Freitag, 4. November*

17 Uhr: 65. CDU-Landesparteitag in Bingen

*Samstag, 5. November*

15 Uhr: Landtag der Jungen Union Rheinland-Pfalz in Bitburg

*Sonntag, 6. November*

10 Uhr: Eröffnung der Diaspora-Aktion in Trier

## Impressum

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 883

Telefax: 030 / 227 76 240

Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)

